

**Kleine Anfrage****Yanki Pürsün (Freie Demokraten)**

Wie werden Geschäftsleute, Eigentümer sowie Standortakteure bei der Entwicklung des Frankfurter Bahnhofsviertels beteiligt?

Vorbemerkung:

Das Frankfurter Bahnhofsviertel ist nicht nur Sicherheitsbrennpunkt, sondern zugleich ein bedeutender Wohn-, Arbeits-, Wirtschafts- und Kulturstandort. Rund 23.000 Beschäftigte arbeiten dort, etwa 2.000 Unternehmen haben im Viertel ihren Sitz oder eine Niederlassung. Die IHK Frankfurt am Main sieht weiterhin dringenden Handlungsbedarf. Im Dezember 2025 kritisierte sie ausdrücklich, dass Wirtschaftsvertreter bei der Entwicklung der Strategie „Bahnhofsviertel 2040“ bislang zu wenig eingebunden worden seien.

Wie wichtig eine frühzeitige Beteiligung ist, zeigt der Konflikt um die Außengastronomie in der Kaiserstraße. Nach Kontrollen im Juni 2026 erhielten zahlreiche Betriebe Berichten zufolge Schreiben mit der Androhung von Zwangsgeldern oder Räumungsmaßnahmen. Im September 2026 suchte der Frankfurter Oberbürgermeister hierzu das Gespräch mit Gastronomen vor Ort. Gleichwohl berichten Gewerbetreibende und Immobilieneigentümer aus dem Viertel von erheblicher Unzufriedenheit darüber, dass sie bei Entscheidungen, die ihre wirtschaftliche Existenz oder die Entwicklung ihrer Immobilien unmittelbar betreffen, häufig nicht ausreichend einbezogen würden. Es entstehe der Eindruck, dass viel über die Betroffenen, aber viel zu selten mit ihnen gesprochen werde.

Gerade weil Land und Stadt im gemeinsamen Lenkungsreis an einer Verbesserung der Situation arbeiten, sollte die Perspektive derjenigen, die vor Ort investieren, Arbeitsplätze schaffen oder Immobilien erhalten, frühzeitig und verbindlich berücksichtigt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gewerbevertretungen, Eigentümerinitiativen sowie sonstigen Multiplikatoren hat die Landesregierung seit 2021 im Zusammenhang mit dem Frankfurter Bahnhofsviertel angehört?
2. Welche Vorschläge dieser Akteure hat die Landesregierung in eigene Maßnahmen übernommen?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu wirtschaftlichen Belastungen von Betrieben im Bahnhofsviertel vor?
4. Welche Landesförderprogramme stehen Gewerbetreibenden sowie Immobilieneigentümern im Bahnhofsviertel aktuell zur Verfügung?
5. Welche Förderinstrumente des Landes plant die Landesregierung zur Wiederbelebung leerstehender Immobilien im Bahnhofsviertel einzusetzen?
6. Wie bewertet die Landesregierung die Einschätzung der IHK Frankfurt am Main, wonach im Bahnhofsviertel weiterhin dringender Handlungsbedarf besteht?

7. Welche denkmalgeschützten Gebäude im Bahnhofsviertel sind nach Kenntnis der Landesregierung derzeit von Leerstand oder erheblichem Sanierungsbedarf betroffen?
8. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zum Erhalt prägender Fassaden sowie historischer Gebäude im Bahnhofsviertel?
9. Wie will die Landesregierung im gemeinsamen Lenkungsreis eine frühzeitige Beteiligung von Gewerbetreibenden sowie Immobilieneigentümern bei standortrelevanten Entscheidungen sicherstellen?
10. Welche persönlichen Vor-Ort-Gespräche haben Mitglieder der Landesregierung seit Januar 2024 mit unmittelbar betroffenen Gewerbetreibenden oder Immobilieneigentümern im Frankfurter Bahnhofsviertel geführt?

Wiesbaden, 20. Oktober 2026



Yanki Pürsün